



Die Stadt soll bei der Müllentsorgung das Sagen haben, fordert die KPÖ. Das brächte Einnahmen für die Stadtkasse.

FOTO PHILIPP

JETZT WIRD AUCH NOCH DIE GRAZER ABFALLENTSORGUNG PRIVATISIERT Müllentsorgung soll bei Stadt bleiben!

Die Stadt übergibt den Müllentsorger AEVG an die Stadtwerke. Der Einfluss der Stadt steht dann nur noch am Papier, höhere Tarife sind nur eine Frage der Zeit.

Unter Federführung von ÖVP und SPÖ hat die Stadt ihre Anteile am Müllentsorger AEVG an die Stadtwerke weitergereicht. Die KPÖ war und ist dagegen. Anstatt weitere Bereiche der Stadt zu verscherbeln und Einfluss abzugeben, sollte die Stadt besser die gesamte AEVG übernehmen.

„Der Einfluss auf die Müllgebühren geht verloren. Die Beschwichtigungen, dass sich eigentlich nichts ändere, stimmen einfach nicht“, ist Elke Kahr sicher. Schützenhilfe kommt von KPÖ-Klubchef Josef Schmalhardt, ein In-

sider bei den Stadtwerken: „Wir befürchten, dass die Tarife steigen und das Unternehmen letztendlich in privatwirtschaftlicher Form geführt wird. Und das kann für die Grazer teuer werden.“ Anstatt Anteile der AEVG zu verkaufen, sollte diese besser komplett der Stadt gehören, meint die KPÖ.

51 Prozent hielt die Stadt am Unternehmen, die restlichen 49 gehörten den Grazer Stadtwerken, die sich entsprechend den Plänen von Finanzstadtrat Wolfgang Riedler nun über den Rest freuen dürfen; die Stadt behält gerade noch

1%. Ein einziger verbleibender Aufsichtsrat soll den Einfluss der Stadt sichern. „Aber der steht unter einem enormen Druck, wenn er allein gegen alle anderen gegen höhere Tarife stimmen müsste“, meint Elke Kahr.

Die KPÖ sieht überhaupt keinen Sinn im Verkauf der AEVG. Vielmehr besteht man darauf, die Anteile der Stadtwerke rückzuführen. „Die Stadt darf die Abfallwirtschaft nicht aus der Hand geben“, sagt Wirtschaftsbetriebsstadträtin Wilfriede Monogioudis. So steht für Klubobmann Schmalhardt in weiterer Folge das Zerschlagen der Stadtwerke im Raum.

Die AEVG bekommen von der Stadt 21 Millionen Euro pro Jahr, um den Restmüll und Klärschlamm zu entsorgen. Wenn ein neuer Eigentümer die Müllgebühren erhöhen sollte, könnte die Stadt nicht einmal schnell den Entsorgungsbetrieb wechseln, da die Kündigungsfrist fünf Jahre beträgt.



Protest gegen AEVG-Verkauf: KPÖ-Stadträtinnen Elke Kahr, Wilfriede Monogioudis.